

AMNESTY INTERNATIONAL . Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



19. Juli 2021

EL SALVADOR: NAYIB BUKELE'S REZEPT, DIE WAHRNEHMUNG VON MENSCHENRECHTEN EINZUSCHRÄNKEN

Von Astrid Valencia & Josefina Salomón

Der Präsident von El Salvador, Nayib Bukele, wurde im Juni 2019 auf der Basis eines Programmes gewählt, in dem er unter anderem versprach, [die Menschenrechte zu fördern und zu verteidigen](#)¹.

Mehr als zwei Jahre später sieht sich das Land mit einer Kampagne konfrontiert, die eher darauf abzielt, diejenigen zu stigmatisieren und zum Schweigen zu bringen, die es wagen, die Politik der Regierung zu hinterfragen und die Menschenrechte aller Menschen zu verteidigen, als auf die Einhaltung des Wahlversprechens.

Einige der offiziellen Taktiken scheinen aus [Nachbarländern](#)² übernommen worden zu sein, andere wurden unter Ausnutzung neuer Technologien entwickelt. In allen Fällen höhlen sie die Menschenrechte in El Salvador auf alarmierende Weise aus.

Hier sind drei der Zutaten in diesem gefährlichen Rezept:

1. Belästigung und Diskreditierung von Aktivist*innen in sozialen Medien und die Schließung von Räumen für einen Dialog

Die Verteidigung von Menschenrechten ist überall in Lateinamerika riskant. In El Salvador hat das Klima der Angriffe und Schikanen gegen Aktivist*innen und Organisationen, insbesondere gegen solche, die mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht von der Regierung fordern, in den letzten Jahren zugenommen, vor allem [seit dem Beginn der Pandemie COVID-19](#)³.

¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/06/el-salvador-amnistia-internacional-se-reune-con-presidente-bukele/>

² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/nicaragua-tacticas-gobierno-profundizan-crisis-derechos-humanos/>

³ <https://im-defensoras.org/2021/05/informe-especial-agresiones-contra-personas-defensoras-y-periodistas-en-el-contexto-de-covid-19-en-el-salvador-2020/>

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Schikanierungskampagne spielt sich auf Social-Media-Plattformen ab, von denen aus hochrangige Regierungsvertreter, darunter auch Präsident Bukele, ihre Accounts nutzten, um die [Arbeit](#)⁴ von Menschenrechtsorganisationen zu [diskreditieren](#)⁵ und sie zu [beschuldigen](#)⁶, "[Kriminelle](#)⁷" zu sein, "[den Tod von mehr Menschen herauszufordern](#)⁸" und "[Frontorganisationen](#)⁹" und Teil der [politischen](#)¹⁰ "[Opposition](#)¹¹" zu sein. Auf diese Weise haben sie ihre Tausenden von Anhänger*innen zu Wellen der Belästigung inspiriert, deren Wirkung weit über die Bildschirme hinausgeht.

Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen haben [berichtet](#)¹², dass diese Art der systematischen Belästigung ein feindseliges Umfeld schafft, in dem die Verteidigung der Menschenrechte der verletzlichsten Menschen zu einer immer gefährlicheren Aufgabe wird.

"Die Angriffe beginnen vielleicht in den sozialen Medien, aber El Salvador ist ein sehr kleines Land, so dass es ausreicht, wenn sie sagen 'eine Person ist von dieser und jener Seite', um in den Kommentaren zu Angriffen überzugehen und den digitalen Kontext zu transzendieren und zu Drohungen und Überwachung zu werden", erklärt ein Vertreter des salvadorianischen Netzwerks der Menschenrechtsverteidiger*innen, der eine Zunahme der Aggressionen gegen Aktivist*innen und Journalist*innen dokumentiert hat. "Es ist ein Kontext von extremer Feindseligkeit, der den Weg für Angst und Selbstzensur ebnet. Jede Person, die kritisch ist, wird als Feind eingestuft."

Organisationen, darunter auch das Netzwerk, berichten, dass sie in den letzten zwei Jahren neben den Schikanen auch die fortschreitende Schließung von Spielräumen für Dialog und Berichterstattung erlebt haben. Sie sagen, dass sich die Spielräume für einen regelmäßigen und effektiven Dialog zwischen Regierungsstellen und Menschenrechtsorganisationen, um zur Gestaltung der öffentlichen Politik beizutragen, geschlossen haben und nun fast nicht mehr vorhanden sind.

Tatsächlich [weigerte sich die Regierung](#)¹³ kürzlich, vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu einer Anhörung zu erscheinen, in der gemeinsam mit lokalen Organisationen die aktuelle Situation des Landes thematisiert werden sollte. Damit hat die Regierung nicht nur gezeigt, dass sie für eine internationale Überprüfung nicht offen ist, sondern auch entschieden, eine wichtige Gelegenheit zu einem konstruktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft verstreichen zu lassen. Hinzu kommt, dass das Misstrauen gegenüber den Behörden, die für die Untersuchung der Angriffe auf Aktivist*innen und Journalist*innen zuständig sind, dazu führt, dass Anzeigen nur selten die zuständigen Behörden erreichen.

"Indem er Menschenrechtsorganisationen als Sündenböcke für die Probleme El Salvadors identifiziert, schränkt Präsident Bukele nicht nur die Freiheiten ein, sondern verschwendet auch das Talent und die konstruktiven Meinungen derer, die das Beste für ihr Land wollen", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International. "Konstruktive Kritik

⁴ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1395840100840443908?s=20>

⁵ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1379812039988817936?s=20>

⁶ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1256634739798097920?s=20>

⁷ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1255909035481726976?s=20>

⁸ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1244370925815988226>

⁹ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1270846219384913921?s=20>

¹⁰ <https://twitter.com/nayibbukele/status/1411089082302832649?s=20>

¹¹ <https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/usaid-asamblea-nayib-bukele-ong-fondos-hacienda-cooperacion-internacional/842562/2021/>

¹² <https://www.amnesty.org/en/documents/amr29/2560/2020/en/>

¹³ <https://twitter.com/CIDH/status/1410262934585065474?s=20>



zu akzeptieren, aus den Vorschlägen und Empfehlungen der Zivilgesellschaft zu lernen und den Dialog als Mittel der Partizipation zu etablieren, sind die Mindestanforderungen, die man von einer Regierung erwartet, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt."

2. Schikanen gegen Journalist*innen

Für Journalist*innen in El Salvador ist die Situation nicht viel besser.

Ebenso wie Menschenrechtsverteidiger*innen haben Journalist*innen von einer Eskalation der Kampagne von Angriffen und Schikanen in den sozialen Medien berichtet, zu denen Taktiken wie Überwachung und juristische Schikanen hinzugekommen sind.

Die ehemalige Präsidentin der Journalistenvereinigung von El Salvador, Angélica Cárcamo, berichtete beispielsweise Ende Juni, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte ihr Haus in einem offensichtlichen Akt der Einschüchterung [observiert](#)¹⁴ hätten.

Journalisten von El Faro wiederum [berichteten](#)¹⁵ von einer systematischen Kampagne öffentlicher Angriffe und haltloser Berichte, die ihrer Meinung nach darauf abzielen, eines der angesehensten Medien des Landes zu [diskreditieren](#)¹⁶.

Und sie sind nicht die Einzigen. Die Angriffe auf Journalist*innen und sozialen Wortführer*innen haben sich in letzter Zeit so sehr verschärft, dass das Land auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen für das Jahr 2021 [um acht Plätze zurückgefallen](#)¹⁷ ist. Der Rückgang hängt mit der Anzahl der [Hindernisse](#)¹⁸ zusammen, mit denen Journalist*innen im Land bei ihrer Arbeit konfrontiert werden, darunter Probleme beim Zugang zu Informationen, die Beschlagnahme von journalistischem Material durch die Behörden und die Weigerung hochrangiger Beamter, auf Fragen zu antworten, um nur einige zu nennen.

Im Juni erklärte der Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit, dass die von einigen Medien veröffentlichten Artikel Verbrechen befürworteten und deutete an, dass sie "[viele Journalist*innen überwachen](#)¹⁹".

"Der Präsident und seine Regierung verfolgen eine Strategie der systematischen Aushöhlung jeder Art von dissidenter Stimme. Sie begannen mit den politischen Oppositionsparteien und jetzt stecken sie Journalist*innen und alle Organisationen, die ihnen unangenehm sind, in dieselbe Kategorie. Sie versuchen, uns zu diskreditieren, um uns zu entkräften, das ist keine neue Strategie", erklärt Sergio Arauz, Herausgeber von El Faro. "Die Bedingungen sind schwieriger denn je. Ich glaube, dass jeder Journalist / jede Journalistin, der / die sich über unsere Rolle im Klaren ist, besorgt ist. Wir haben Anzeichen vom Präsidenten und seinen Sprecher*innen wahrgenommen, dass es nicht besser werden wird."

Im Juli berichteten die Medien, dass die Migrationsbehörden die Abschiebung des Redakteurs von El Faro anordneten, der Mexikaner ist und gerade dabei war, seine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Nach Angaben der Zeitung, die diesen Akt als eine Form der Schikane und

¹⁴ <https://im-defensoras.org/2021/06/alerta-defensoras-el-salvador-intimidacion-militar-contra-presidenta-de-la-asociacion-de-periodistas-de-el-salvador-apes/>

¹⁵ <https://www.cjr.org/analysis/el-faro-navib-bukele-press-freedom.php>

¹⁶ <https://www.rsf-es.org/el-salvador-rsf-considera-extremadamente-preocupante-la-deriva-autoritaria-del-presidente-bukele-contra-la-prensa-independiente/>

¹⁷ <https://www.rsf-es.org/clasificacion-2021-en-america-latina-casi-todos-los-indicadores-estan-en-rojo/>

¹⁸ <https://www.rsf-es.org/el-salvador-coronavirus-rsf-pide-al-gobierno-salvadoreno-que-deje-de-obstaculizar-el-trabajo-de-los-periodistas/>

¹⁹ <https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/periodistas-apes-ministro-de-seguridad-confirma-seguimiento/846530/2021/>

Einschränkung der Ausübung der Pressefreiheit betrachtet, begründeten die Behörden ihre Entscheidung damit, dass der renommierte Redakteur nicht beweisen konnte, dass er [Journalist](#)²⁰ ist.

Arauz und seine Kolleg*innen gehören zu denjenigen, die bereits eigene Sicherheitsstrategien umgesetzt und sich aufgrund des mangelnden Vertrauens in die Unabhängigkeit der nationalen Behörden an die Interamerikanische Menschenrechtskommission gewandt haben, die 34 von ihnen [vorsorgliche Maßnahmen](#)²¹ gewährt hat.

3. Kein Platz für Menschenrechte auf der aktuellen Gesetzesagenda

Außerhalb des digitalen Kontextes haben sich die Bukele-Regierung und die Regierungspartei, die die Mehrheit im Parlament hält, für gesetzgeberische Maßnahmen eingesetzt, die die Menschenrechte und das Recht auf Verteidigung der Rechte gefährden könnten.

Am 19. Mai 2021 hat das Parlament zum Beispiel die Einrichtung einer "Sonderkommission zur Untersuchung der Vergabe von Geldern an gemeinnützige Organisationen, Vereine und Stiftungen" [beschlossen](#)²². Die Kommission wird Nichtregierungsorganisationen untersuchen, die in den vergangenen Jahren staatliche Gelder erhalten haben. Während das Gesetz prinzipiell als Initiative zur Verbesserung der Transparenz verstanden werden könnte, hat die Tatsache, dass die Kommission ausschließlich aus [Politikern der Regierungspartei](#)²³ und ihr nahestehenden Personen besteht, ihre [Unparteilichkeit in Frage](#)²⁴ gestellt.

Gleichzeitig hat die Versammlung eine Reihe von Gesetzesentwürfen auf Eis gelegt, die darauf abzielen, den Schutz derjenigen zu verbessern, die die Menschenrechte verteidigen. So hat die Justiz- und Menschenrechtskommission des Parlamentes am selben Tag, an dem die Sonderkommission eingesetzt wurde, den Entwurf für ein Gesetz über die umfassende Anerkennung und den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und die Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte archiviert, der der Versammlung vor einigen Jahren vorgelegt worden war. [Menschenrechtsorganisationen](#)²⁵ warnen, dass dies "den Kontext der Feindseligkeit und Ohnmacht, in dem Menschenrechtsverteidiger*innen ihre Arbeit verrichten, festschreiben könnte".

[Das gleiche Schicksal erlitten](#)²⁶ auch der Entwurf des Gesetzes über die Geschlechtsidentität, das Sondergesetz über Gleichheit und Nichtdiskriminierung, das [Gesetz zum Schutz von Journalist*innen](#)²⁷, die Vorschläge zur Reform des Strafgesetzbuches in Bezug auf die vier Gründe für eine Abtreibung und die [Gesetzesinitiativen für die Gesetze zur Schaffung des Systems für Verschwundene und nicht identifizierte Personen und die Nationale Genetische Datenbank](#).²⁸

²⁰ <https://twitter.com/elfaro/status/1412833487992889345?s=20>

²¹ http://www.oas.org/en/iachr/jsForm/?File=/en/iachr/media_center/preleases/2021/023.asp

²² <https://www.asamblea.gob.sv/node/11238>

²³ <https://twitter.com/ECastroES/status/1394432712316948482?s=20>

²⁴ <https://apnews.com/article/noticias-a6fa8da7e130772827e852ecd061b89c>

²⁵ <https://im-defensoras.org/2021/05/alerta-urgente-el-salvador-la-comision-de-justicia-y-derechos-humanos-de-la-asamblea-legislativa-archiva-ley-para-el-reconocimiento-y-proteccion-integral-de-las-personas-defensor/>

²⁶ <https://www.dw.com/es/el-salvador-rechazan-decisi%C3%B3n-parlamentaria-de-archivar-ley-de-g%C3%A9nero/a-57538391>

²⁷ <https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/asamblea-apes-el-salvador-rehazo-a-decision-de-enviar-archivo-ley-proteccion-periodistas/840545/2021/>

²⁸ <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Califican-como-un-retroceso-archivar-ley-de-desaparecidos-20210520-0123.html>

Der Sprecher des Netzwerks der Menschenrechtsverteidiger*innen sagt, dass die Maßnahmen, die das Parlament befürwortet, denen ähneln, die vor kurzem in den Nachbarländern beschlossen wurden, was zum Entzug des rechtlichen Status vieler Organisationen führte, die gezwungen wurden, [ihre Arbeit einzustellen](#)²⁹. "Es wird befürchtet, dass dies eine Art Rache gegen Organisationen ist, die der Regierung kritisch gegenüberstehen", erklärt er.

Erika Guevara-Rosas von Amnesty International wiederum kommt zu dem Schluss, dass "wenn die Schikanen in den sozialen Medien zu Aktionen wie der Einschränkung öffentlicher Informationen, der Schließung von Spielräumen für den Dialog und der Blockade von Gesetzen zum Schutz und zur effektiven Beteiligung hinzukommen, ist das Ergebnis geradezu erschreckend".

Astrid Valencia ist Recheurcheurin für Zentralamerika bei Amnesty International. Josefina Salomón ist eine unabhängige Journalistin.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Nayib Bukele's recipe for limiting the exercise of human rights

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/07/receta-nayib-bukele-para-limitar-ejercicio-derechos-humanos/>, 19. Juli 2021

²⁹ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/nicaragua-tacticas-gobierno-profundizan-crisis-derechos-humanos/>